

**Frédéric Krumbein**

## **Die gleiche Stimme in den USA**

---

Schlüsselwörter: USA, politische Gleichheit, egalitäre Demokratie, Wahlkampffinanzierung, Einkommensverteilung

Geld ist in den USA sehr ungleich verteilt und verschafft einigen BürgerInnen durch hohe Wahlkampfspenden einen größeren Einfluss auf die Politik als anderen. Nach der egalitären Demokratiekonzeption von Robert Dahl mindert ein ungleicher Einfluss der BürgerInnen auf die Politik den demokratischen Gehalt eines politischen Systems. Zwei Möglichkeiten zur Verringerung des Einflusses des Geldes auf die US-Politik wären eine Beschränkung von Geldspenden an PolitikerInnen oder eine Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA. Beides ist aufgrund politischer und rechtlicher Hürden aber schwer umsetzbar. Eine bislang wenig beachtete dritte Möglichkeit liegt in der Stärkung der gleichen Stimme der BürgerInnen im politischen System. Der Beitrag diskutiert Vorschläge für eine solche Stärkung der gleichen Stimme.

### **The equal voice in the US political system**

Keywords: USA, political equality, egalitarian democracy, campaign donations, income distribution

Money is distributed very unequally in the US and this unequal distribution gives wealthy citizens through high campaign donations more influence on politics than other citizens. Robert Dahl's egalitarian conception of democracy considers this diminishing political equality as a problem for the US democracy. Two possibilities would restrict the growing influence of money on US politics: strict limitations of campaign donations or a more equal distribution of wealth and opportunities. Both possibilities are difficult to implement due to legal and political constraints. A third, rarely discussed, possibility would be to strengthen the equal voice of the citizens in the US political system. The article will discuss some propositions in this area.

---

Frédéric Krumbein  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Ludwigkirchplatz 3–4  
D-10719 Berlin  
E-Mail: frederic.krumbein@fu-berlin.de

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 42. Jg. (2013) H. 3, 295–310

## 1. Einführung

### 1.1 Vorgehensweise

Der Beitrag stellt die These auf, dass sich die Gleichheit der Stimme der US-BürgerInnen bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen durch den zunehmenden Einfluss des Geldes auf die Wahlkämpfe verringert. Diese These wird im zweiten Kapitel durch die stetig steigenden Wahlkampfkosten, die größtenteils von nur wenigen BürgerInnen bestritten werden, untermauert. Die ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen in den USA, die ebenfalls im zweiten Kapitel erläutert wird, begründet die unterschiedlichen Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, Geld für Wahlkämpfe zu spenden.

Im dritten Kapitel werden die politischen und rechtlichen Grenzen bei der Lösung dieses Problems dargestellt. So wäre eine stärkere Verringerung der Ungleichheit durch politische Maßnahmen nur durch deutliche und lang anhaltende politische Mehrheiten möglich. Der Supreme Court hat weiterhin einer Beschränkung von Wahlkampfspenden durch den Gesetzgeber enge juristische Grenzen gesetzt.

Im vierten Kapitel werden schließlich Maßnahmen zur Stärkung der gleichen Stimme bei Wahlen aufgezeigt, die leichter umsetzbar wären, weil sie keine Verfassungsänderung und keine staatliche Einmischung in die marktwirtschaftliche Sphäre erfordern. Die vorgestellten Maßnahmen würden die Partizipation und die Wahlkampfspenden einkommensschwacher BürgerInnen erhöhen und die Festlegung der Reihenfolge der Vorwahlen und den Zuschnitt der Wahlkreise zum Repräsentantenhaus demokratischer gestalten.

Einführend wird der normative Ausgangspunkt des Beitrags dargelegt, die egalitäre Demokratiekonzeption von Robert Dahl.

### 1.2 Die egalitäre Demokratie

Für Robert Dahl ist die politische Gleichheit der BürgerInnen das Charakteristikum der Demokratie. Politische Gleichheit gründet auf der Überzeugung, dass alle BürgerInnen von Geburt an über den gleichen Wert verfügen und deshalb ihre Interessen gleich berücksichtigt werden müssen. Politische Gleichheit der BürgerInnen im politischen Prozess ist die beste Garantie dafür, dass ihre Interessen im Ergebnis gleich berücksichtigt werden (Dahl 1989, 1; Dahl 2006, 4).

Die Demokratiedefinition von Dahl unterstreicht die zentrale Stellung der Gleichheit der BürgerInnen. Fünf Kriterien kennzeichnen seine ideale Demokratie. Erstens, jeder Bürger und jede Bürgerin muss die gleiche Möglichkeit haben, seine Präferenzen über kollektiv bindende Entscheidungen zu äußern. Zweitens, BürgerInnen müssen bei kollektiv bindenden Entscheidungen über die gleiche Möglichkeit verfügen, eine Wahl zu treffen, und diese Entscheidung jedes Bürgers und jeder Bürgerin muss gleich gewichtet werden. Drittens, jede Person muss über die gleichen Möglichkeiten verfügen, die Wahlmöglichkeiten bei einer anstehenden kollektiv bindenden Entscheidung zu kennen und zu bewerten. Viertens, das Volk muss die Kontrolle über die politische Agenda besitzen, d.h. entscheiden können, was durch demokratische Prozesse entschieden werden kann. Fünftens, eine Demokratie muss alle Wahlberechtigten umfassen, die von kollektiv bindenden Entscheidungen betroffen sind. (Dahl 1989, 109–113, 120, 129; vgl. zu den Punkten zwei bis vier auch Rawls 1975, 253–255).

Da sich der vorliegende Beitrag auf die gleiche Stimme bei Wahlen konzentriert, sind vor allem die Punkte zwei und fünf wichtig: das gleiche Gewicht der Stimme bei den Wahlen und die Inklusion aller Wahlberechtigten, die von kollektiv bindenden Entscheidungen betroffen sind.

Aus Dahls zweitem Punkt der gleichen Gewichtung der Präferenzen der BürgerInnen im politischen System folgt direkt die Frage: „Are all citizens equally empowered?“, d.h. verfügen alle BürgerInnen über die gleiche Möglichkeit der politischen Einflussnahme (Coppedge 2011, 254). BürgerInnen die gleiche Möglichkeit der politischen Einflussnahme zu geben, bedeutet politische Ressourcen möglichst gleich zu verteilen. Politische Ressourcen bezeichnen Mittel, mit denen Politik beeinflusst werden kann und umfassen eine Vielzahl an verschiedenen Elementen, wie das aktive und passive Wahlrecht, Geld, Zeit, Freundschaft, Bildung, Informationen oder den sozialen Status (Dahl 2006, 51).

Die wichtigste politische Ressource in einer Demokratie ist das aktive und passive Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht sichert die Abhängigkeit der politischen RepräsentantInnen von den BürgerInnen. Es sorgt dafür, dass die Interessen einer Mehrheit der BürgerInnen bei der Politikformulierung und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das Wahlrecht ist außerdem die politische Ressource, die am gleichsten unter den BürgerInnen verteilt ist. Es bildet somit die Grundlage der Demokratie als Herrschaft gleichberechtigter Personen.

Geld ist die vermutlich zweitwichtigste politische Ressource in den USA nach dem aktiven und passiven Wahlrecht. Im Gegensatz zum aktiven und passiven Wahlrecht gehört Geld zu den politischen Ressourcen, die am ungleichsten unter den BürgerInnen verteilt ist (ebd., 84–87; US Census Bureau 2011, 24). Diese beiden politischen Ressourcen befinden sich in einem Spannungsverhältnis. Das gleiche Stimmrecht ist charakteristisch für die Demokratie. Ungleich verteiltes und politisch einflussreiches Geld charakterisiert die Oligarchie.

Zur Stärkung der Demokratie muss entweder der Einfluss und/oder die Ungleichverteilung der politischen Ressource Geld verringert oder das gleiche Stimmrecht gestärkt werden. Die Beiträge zur Diskussion um den wachsenden Einfluss des Geldes auf die Politik in den USA konzentrieren sich vor allem auf Ersteres (APSA 2004; Bartels 2008; Dahl 2006; Hacker/Pierson 2011; Mansbridge 2011; Murray 2012; Packer 2011). Der vorliegende Beitrag sieht eine andere, einfacher umzusetzende Lösung in der Stärkung des gleichen Stimmrechts, die im vierten Kapitel dargestellt wird.

Die Problematik des Einflusses des Geldes auf die Politik ist dabei in den USA im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten besonders ausgeprägt, da die Wahlkämpfe aufgrund des kurzen Wahlzyklus (alle zwei Jahre Kongresswahlen), vieler zu wählender AmtsträgerInnen auf Bundesebene (ein Präsident sowie zwei Parlamentskammern) und eines langen Wahlkampfes mit Vorwahlen und einer stärkeren Bedeutung von Fernsehwerbung sehr teuer sind. Die im Beitrag dargestellte Problematik des wachsenden Einflusses des Geldes bezieht sich damit in erster Linie auf die USA und ist nur begrenzt mit den Entwicklungen in anderen westlichen Industriestaaten vergleichbar.

Allerdings gibt es den allgemeinen Trend der politischen Marginalisierung von niedrigeren Einkommensschichten in den entwickelten Demokratien. In den USA zeigt sich dieser Trend vor allem daran, dass es GeringverdienerInnen kaum möglich ist, Einfluss auf die Politik durch hohe Wahlkampfspenden auszuüben. Sie beteiligen sich auch weniger an Wahlen und anderen Formen der politischen Willensbildung. Der letztgenannte Trend ist ebenfalls ein Problem in anderen westlichen Demokratien, wie beispielsweise in Deutschland, Frankreich oder Italien. In diesen Staaten ist die Wahlbeteiligung in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, in Deutschland um fast zwanzig Prozentpunkte. Die nicht wählenden Personen sind dabei überwiegend

Angehörige der unteren Einkommensschichten. In den USA ist die Wahlbeteiligung hingegen, wenn auch auf niedrigerem Niveau, weitgehend stabil geblieben (Bödeker 2011; Güllner 2013, 12, 20).

Insofern ist die im Folgenden diskutierte politische Ungleichheit einerseits nicht USA-spezifisch, sondern tritt auch in anderen westlichen Demokratien auf. Die Art und Weise, wie sich die politische Gleichheit in den USA verringert, ist andererseits spezifisch für die Vereinigten Staaten: ein zunehmender Einfluss des Geldes auf die Politik, an dem niedrigere Einkommensschichten nicht teilhaben können. Die im vierten Kapitel aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten des „empowerments“ der BürgerInnen und der Anwendung des Losverfahrens wären aber Maßnahmen, die in anderen westlichen Demokratien die politische Gleichheit ebenfalls stärken könnten. Sie müssten aber an die landesspezifischen politischen Gegebenheiten angepasst werden.

Neben der egalitären Demokratiekonzeption existiert eine Vielzahl anderer Demokratiedefinitionen und -konzeptionen. Die unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie lassen sich, neben der bereits dargestellten egalitären Demokratie, grob in fünf weitere Konzeptionen unterteilen: „electoral democracy“, „liberal democracy“, „participatory democracy“, „deliberative democracy“ und „majoritarian democracy“ (Coppedge et al. 2011, 253).

In der „electoral conception of democracy“ liegt der Schwerpunkt auf dem politischen Wettbewerb zwischen politischen Eliten. Die liberale Form der Demokratie betont die individuellen Bürgerrechte, den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, kurz: die Sicherung der individuellen Freiheit gegenüber der Macht des Staates. Die partizipative Demokratie hält eine möglichst umfassende Beteiligung der BürgerInnen an der Regierung für erstrebenswert, wie durch Referenden oder Bürgerversammlungen. Die deliberative Demokratie legt den Schwerpunkt auf die Entscheidungsprozesse: Entscheidungen sollten durch den offenen Austausch rationaler Argumente und die Überzeugung aller Beteiligten durch das beste Argument getroffen werden. Die majoritäre Demokratiekonzeption betont, dass die Mehrheit der BürgerInnen möglichst ungehindert herrschen und nicht zu viele Vetospieler im politischen Prozess existieren sollten. Die Konzeptionen ergänzen sich in vielen Bereichen und betonen nur jeweils unterschiedliche Elemente der Demokratie. Teilweise stehen die Vorstellungen über Demokratie aber auch in Konflikt zueinander und sind mitunter nicht vereinbar (Coppedge et al. 2011, 253–255; Schmidt 2010, 210–224, 236–253, 306–318). Gerade die liberale Demokratiekonzeption auf der einen Seite und die egalitäre und majoritäre Demokratiekonzeption auf der anderen Seite befinden sich in einem Spannungsverhältnis zueinander, jenem zwischen Freiheit und Gleichheit in der Demokratie.

Aus der Verwendung unterschiedlicher Demokratiekonzeptionen folgen unterschiedliche Bewertungen der US-amerikanischen Demokratie. So schneiden die USA in der liberalen Demokratiekonzeption gut ab. Ein starker Rechtsstaat sowie eine nahezu perfekt ausbalancierte horizontale und vertikale Teilung der politischen Gewalten sichern die individuelle Freiheit und die Freiheit der gesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Sphären vor einem zu starken Zugriff des Staates.

Der hier gewählte Blickwinkel der Analyse der politischen Gleichheit zeigt das aus Sicht der egalitären Demokratiekonzeption aktuell größte Defizit der US-amerikanischen Demokratie auf: eine abnehmende politische Gleichheit, die sich in einem wachsenden Einfluss des ungleich verteilten Geldes auf die Politik zeigt. Der Blickwinkel ist damit notwendigerweise eingeschränkt und beleuchtet nur den Aspekt der Gleichheit in der US-Demokratie. Eine andere Perspektive führt, wie oben kurz dargestellt, zu anderen Aussagen über die Qualität der Demokratie in den Vereinigten Staaten.

## 2. Die ungleiche Verteilung der Ressource Geld in Politik und Gesellschaft

Im Abschnitt 2.1. wird zunächst dargestellt, wie die politische Ressource Geld in den USA zunehmenden Einfluss auf die Wahlen und damit auf die Politik ausübt. Danach wird in Abschnitt 2.2. untersucht, wie ungleich die politische Ressource Geld verteilt ist.

### 2.1 Der steigende Einfluss des Geldes auf die US-Wahlen

Hohe Spenden an PolitikerInnen und Parteien verschaffen den SpenderInnen einen privilegierten Zugang zu selbigen. Das gibt den SpenderInnen die Gelegenheit, Themen auf die politische Agenda zu setzen und ihre Meinungen zu präsentieren (APSA 2004, 12; Winters/Page 2009, 741).

Larry Bartels hat das Abstimmungsverhalten von US-SenatorInnen mit den politischen Meinungen der BürgerInnen in drei Studien in den Jahren 1988, 1990 und 1992 verglichen. Dabei hat er herausgefunden, dass die SenatorInnen den Meinungen von US-BürgerInnen mit einem Einkommen über 40.000 Dollar deutlich mehr Gewicht beimessen als denjenigen mit einem mittleren Einkommen (20.000–40.000 Dollar) und die Ansichten von BürgerInnen mit niedrigem Einkommen (unter 20.000 Dollar) gar nicht berücksichtigen. Der Hauptgrund liegt nach seiner Ansicht darin, dass der größte Teil der Wahlkampfspenden von diesen Wählergruppen stammt. Alternative Erklärungen, wie eine höhere politische Bildung oder höhere Wahlbeteiligung wohlhabender BürgerInnen, lassen sich als Einflussgrößen statistisch nicht nachweisen (Bartels 2008; 2009).

Stetig steigende Wahlkampfkosten in den USA sind unter diesem Aspekt kritisch zu sehen, da der ständig steigende Geldbedarf der PolitikerInnen für ihre Wahlkämpfe die Abhängigkeit von den GeldspenderInnen erhöht. Ein Kandidat oder eine Kandidatin benötigen zum Gewinn eines Kongresssitzes sehr viel Geld. Die WahlgewinnerInnen haben bei der Wahl im Jahr 2010 durchschnittlich etwa 1,5 Mio. Dollar (Repräsentantenhaus) bzw. 10 Mio. Dollar (Senat) für ihren Wahlkampf ausgegeben (Center for Responsive Politics 2013). Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verschärft. So haben sich beispielsweise allein die Wahlkampfausgaben der KandidatInnen für das Repräsentantenhaus in den letzten 40 Jahren verfünffacht (Mansbridge 2012, 2). Die gesamten Wahlkampfausgaben auf Bundesebene (Präsident und Kongress zusammen genommen) haben sich vom Jahr 2000 zum Jahr 2012 von 3,1 Mrd. auf 5,8 Mrd. Dollar erhöht (Center for Responsive Politics 2013).

Die stetig steigenden Wahlkampfkosten werden dabei von nur wenigen BürgerInnen bestritten. Knapp 150.000 BürgerInnen bestreiten mit Spenden über 2.400 Dollar pro Person etwas mehr als die Hälfte der Wahlkampfspenden (Zahlen von 2010). Dies entspricht einem Anteil von lediglich 0,06% der erwachsenen US-Bevölkerung (ebd.).

Die meisten der Geldspenden dürften bei der vergleichsweise hohen Summe von wohlhabenderen US-BürgerInnen stammen. In einer Untersuchung aus dem Jahr 1996 kamen Spenden von mehr als 1.000 Dollar überwiegend von BürgerInnen, die mehr als 100.000 Dollar im Jahr verdienen (Ackerman/Ayres 2002, 31).

Viel Geld bleibt zwar zur Erlangung eines politischen Amtes notwendig, aber es ist nicht hinreichend. So lassen sich politische Ämter selten durch persönliches Vermögen kaufen. Wohlhabende KandidatInnen, die überwiegend ihr eigenes Vermögen für Wahlkämpfe aufwenden, verlieren meistens in den Vorwahlen oder den eigentlichen Wahlen (Center for Responsive Po-

litics 2013). Damit müssen AmtsträgerInnen nicht unbedingt über persönliches Vermögen verfügen, sondern vor allem über die Fähigkeit, viele Geldspenden zu sammeln. Persönlicher Reichtum ist zwar nicht hinreichend, er scheint aber auch nicht zu schaden: Fast die Hälfte der Kongressmitglieder sind Millionäre (Center for Responsive Politics 2012a).

Die vergleichsweise hohe und wachsende Einkommensungleichheit in den USA wäre weniger kritisch zu sehen, wenn entweder durch ein hohes Maß an Chancengleichheit prinzipiell jeder und jede ein hohes Einkommen erzielen könnte oder die politische und die wirtschaftliche Sphäre klar getrennt wären. Beides ist nicht der Fall. Die Einkommensungleichheit ist in den USA relativ starr (siehe Abschnitt 2.2) und Geld übt Einfluss auf die Politik aus.

Weiterhin könnte diese Ungleichheit aus demokratietheoretischer Perspektive leichter akzeptiert werden, wenn die Mehrheit der US-BürgerInnen der Meinung wäre, dass die Einkommensverteilung in den USA gerecht sei. Dies ist aber ebenfalls nicht der Fall. In einer Umfrage aus dem Jahr 2007 sagten 72% der Befragten, die Einkommensungleichheit sei in den USA zu groß. 68% waren ebenfalls der Meinung, dass die Einkommen nicht fair verteilt seien. Elf Umfragen zwischen 1984 und 2007 kamen zu fast identischen Ergebnissen. Durchschnittlich mehr als 60% sprachen sich für eine gerechtere Einkommensverteilung aus (Page/Jacobs 2009, 139).

Dies wird von weiteren Umfragen bestätigt. Insbesondere der Wert der Chancengleichheit findet mit mehr als 85% große Zustimmung (Bartels 2008, 130f.). Die Mehrheit der befragten Personen ist auch der Meinung, dass die Wohlhabenden zu wenig Steuern zahlen (ebd., 140).

Schließlich wäre der größere Einfluss der wohlhabendsten BürgerInnen (oberstes Prozent) auf die Politik auch weniger problematisch, wenn diese ähnliche politische Ansichten wie die große Mehrheit der Bevölkerung hätten. Aber auch dies ist nicht der Fall. Die politischen Ansichten der wohlhabendsten US-BürgerInnen weichen wesentlich von denen der anderen BürgerInnen ab. Eine deutliche Mehrheit unter ihnen sieht die Bekämpfung des Haushaltsdefizits durch Etatkürzungen als oberste politische Priorität an, während die Mehrheit der Bevölkerung vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Priorität betrachtet. Die wohlhabendsten BürgerInnen befürworten ebenfalls deutlich seltener sozialstaatliche Maßnahmen, wie die Garantie eines zum Leben ausreichenden Mindestlohns, Sozialhilfe oder eine allgemeine Krankenversicherung. Sie sprechen sich darüber hinaus gegen höhere Steuern für Wohlhabende aus (Page et al. 2013, 55–63).

Zudem sind die wohlhabendsten US-AmerikanerInnen politisch sehr aktiv. Über zwei Drittel spenden beispielsweise Geld an politische Kampagnen und Organisationen, durchschnittlich 4.633 Dollar pro Person in den letzten zwölf Monaten vor der Umfrage. Im Durchschnitt der Bevölkerung spenden hingegen nur 14% Geld an politische Kampagnen oder Organisationen. Fast die Hälfte der wohlhabendsten US-AmerikanerInnen hat außerdem mindestens einmal einen Kongressabgeordneten/eine Kongressabgeordnete oder einen Senator/eine Senatorin in den letzten sechs Monaten kontaktiert (ebd., 53f.).

Ein größerer Einfluss der wohlhabenden BürgerInnen wirkt sich damit auf die Politik in den USA aus und verzerrt die Artikulation der Interessen des Volkes, da die wohlhabenden BürgerInnen in ihren Ansichten nicht repräsentativ für den Durchschnitt sind.

## 2.2 Die steigende Ungleichheit in der Einkommensverteilung in den USA

Die Ungleichheit der Einkommen ist in den USA im Vergleich zu den meisten OECD-Staaten höher und auch höher als zu anderen Zeitpunkten in der Geschichte der USA. In der OECD

liegen die USA bei der Einkommensungleichheit auf dem vierten Platz, vor allen anderen europäischen Staaten mit Ausnahme der Türkei (OECD 2012).

Seit den 1970er-Jahren steigt die Einkommensungleichheit in den USA kontinuierlich an und hat einen historischen Rekordwert erreicht. Die obersten 10% der Einkommensgruppen verfügen inzwischen über fast die Hälfte des Gesamteinkommens. Dies stellt den höchsten Wert seit Beginn der offiziellen Einkommensstatistik im Jahr 1917 dar (Saez 2012). Von den 1940er-bis in die 1970er-Jahre betrug das Einkommen der obersten 10% etwa ein Drittel des Gesamteinkommens (Mansbridge 2012, 2).

Die Zunahme der Einkommensungleichheit reflektiert vor allem einen stetigen Anstieg des Einkommens des obersten Prozents der Bevölkerung. Das Einkommen des wohlhabendsten Prozents der US-AmerikanerInnen betrug 1976 9% des Gesamteinkommens vor Steuern. 2007 waren es bereits 24%. Der Hauptgrund dafür liegt in einem enormen Anstieg der Gehälter der TopverdienerInnen (ebd., 2; Saez 2012).

Gleichzeitig verfügen die USA im Vergleich mit den westeuropäischen Staaten und Australien und Kanada über den höchsten Anteil von Menschen über 60 Jahre, die in Armut leben (Stepan/Linz 2011, 847).

Die Ungleichheit der Einkommen resultiert aus einer Ungleichheit der Chancen und umgekehrt. Die soziale Mobilität ist in den USA unter allen Industriestaaten am geringsten: Im Vergleich mit Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Norwegen und Schweden verfügen die USA über die niedrigste soziale Mobilität zwischen den Generationen. Das bedeutet, die Korrelation zwischen Einkommen und Bildungsstand der Eltern und dem der Kinder ist am höchsten in den USA. Hier werden 50% des schlechteren Status bei Bildung und Einkommen an die Kinder weitergegeben, in den sozial mobilsten Nationen Kanada und Schweden sind es nur 20% (Stepan/Linz 2011, 852f.). Kinder aus den unteren Einkommensschichten (unterstes Quintil) verfügen nur über eine einprozentige Chance, später zu den wohlhabendsten 5% der US-Bevölkerung zu gehören. Bei Kindern aus den wohlhabendsten 5% der US-Bevölkerung liegt die Wahrscheinlichkeit, in dieser Einkommensklasse zu bleiben, hingegen bei 22% (Hertz 2006, 3).

Die USA gleichen ebenfalls am wenigsten unter allen Industriestaaten die schlechteren Startbedingungen von Kindern alleinerziehender Mütter aus: Staatliche Transferleistungen verringern die Armut dieser Kindern nur um 15%, das ist der geringste Wert unter den Industriestaaten. 60% der Kinder alleinerziehender Mütter leben nach staatlichen Transferleistungen noch in Armut, der höchste Wert unter allen Industriestaaten (Stepan/Linz 2011, 846f.). Die geringe soziale Mobilität in den USA im Vergleich zu anderen Industriestaaten wird durch mehrere Studien bestätigt (Dahl 2006, 85; Hacker/Pierson 2011, 29; Hertz 2006, 2). So sieht eine andere Studie einzig eine niedrigere soziale Mobilität in Großbritannien und in Italien als in den USA, kommt aber zu den gleichen Ergebnissen einer höheren sozialen Mobilität in Australien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Kanada, Norwegen und Schweden (Hacker/Pierson 2011, 29).

Die meisten US-AmerikanerInnen haben nur geringe Chancen, sozial aufzusteigen und damit über die politische Ressource Geld Einfluss auf die Politik auszuüben.

### 3. Politische und rechtliche Grenzen der Verringerung des Einflusses der Ressource Geld

#### 3.1 Politische Grenzen der Verringerung der Einkommensungleichheit

Eine Verringerung der Einkommens- und Chancengleichheit wäre zum Beispiel über politische Maßnahmen, wie eine stärkere Redistribution der Einkommen, einen Ausbau des Sozialstaates oder eine Reduzierung der hohen Studiengebühren, möglich (Dahl 2006, 98–104).

Das politische System der USA ist allerdings durch die hohe Zahl von vier Vetospielern im Gesetzgebungsprozess so beschaffen, dass tiefgreifende Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich nur durch konstante und große politische Mehrheiten möglich sind. So können das Repräsentantenhaus und der Senat nur zusammen Gesetze verabschieden. Zusätzlich verfügt der Präsident über ein Vetorecht. Eine Mehrheit von drei Viertel der Bundesstaaten muss außerdem Verfassungsänderungen zustimmen. Alle anderen entwickelten Demokratien verfügen nur über ein bis drei Vetospieler (Stepan/Linz 2011, 845).

Eine aktive Politik der Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit würde eine konstante und breite Mehrheit zugunsten der Demokratischen Partei, ein sogenanntes „realignment“, erfordern. Die Demokraten waren von den 1930er- bis in die 1970er-Jahre die dominante politische Partei in den USA und als Folge ihrer sozialreformerischen Politik des „New Deal“ und der „Great Society“ wurde der beste Gini-Index in den USA im Jahr 1968 mit 0,388 gemessen. Der Gini-Index im Jahr 2011 in den USA beträgt 0,477 (Eilfort/Wasser 2008, 239–241; Stepan/Linz 2011, 843f.).

Die US-amerikanische Politik zeichnet sich aber gegenwärtig durch eine starke Polarisierung aus, die langfristig andauernde Mehrheiten für eine politische Partei unwahrscheinlich erscheinen lässt. Demokraten und Republikaner liegen in ihren unterschiedlichen politischen Ansichten so weit auseinander wie noch nie in den letzten 25 Jahren. So existieren vor allem große Differenzen hinsichtlich der Rolle des Staates bei der Garantie von sozialer Sicherheit. Die Republikaner unterstützen immer weniger sozialstaatliche Maßnahmen. Der Staat erscheint in ihren Augen ineffizienter und verschwenderischer als früher. Die Demokraten sehen den Staat hingegen zunehmend positiver (Pew Research Center 2012, 2–12). Diese Ergebnisse werden von anderen Studien bestätigt. Laut Gallup hat es seit 1992 einen Anstieg der Polarisierung in der US-Bevölkerung gegeben. Die Zahl der sich als konservativ bezeichnenden BürgerInnen ist von 36% auf 40% gestiegen, der Anteil der sich als liberal im US-amerikanischen Sinne, d.h. sozial progressiv, bezeichnenden BürgerInnen, von 17% auf 21%. Die Zahl der BürgerInnen mit moderaten politischen Ansichten ist von 43% auf 35% gesunken, während in beiden Parteien die Zahl der gemäßigten AnhängerInnen ab- und die Zahl der Konservativen (Republikaner) bzw. Liberalen (Demokraten) zugenommen hat (Saad 2012).

In den Jahren 2008 und 2012 wurde zwar mit Barack Obama ein Präsident der Demokratischen Partei gewählt, aber er verfügte nur in den Jahren 2008 bis 2010 über die erforderliche Mehrheit im US-Kongress für Maßnahmen zur Reduzierung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit.

So hat die demokratische Mehrheit mit der Verabschiedung der Gesundheitsreform im Jahr 2010 („Affordable Care Act“) einen wichtigen Schritt in Richtung einer für alle BürgerInnen verfügbaren Krankenversicherung geleistet und damit eine Ursache von Armut bekämpft. Nach Schätzungen des unabhängigen Congressional Budget Offices werden ab dem Jahr 2017 89% der US-Bevölkerung über eine Krankenversicherung verfügen, im Vergleich zu 80% im Jahr



2013. Das bedeutet eine Verringerung der Unversicherten von 55 auf 30 Mio. Personen in diesem Zeitraum (Congressional Budget Office 2013).

Bei US-Wahlen ist es also durchaus möglich, Mehrheiten für eine stärker an den Bedürfnissen der sozial und wirtschaftlich schwächeren Mitglieder der US-Gesellschaft ausgerichtete Politik zu mobilisieren.<sup>1</sup> Die Mehrheit ist aber zurzeit nicht ausreichend groß und konstant genug, um eine effektive Reduzierung der Einkommens- und Chancenungleichheit im US-politischen System mit seinen vier Vetospielern durchzusetzen, wie es in den 1930er- bis 1970er-Jahren geschah.

### *3.2 Rechtliche Grenzen bei der Verringerung des Einflusses des Geldes auf die Politik*

Die dargestellten Schwierigkeiten, weitreichende politische Maßnahmen in einem System mit vier Vetospielern und hoher politischer Polarisierung umzusetzen, rücken eine Alternative zur Verminderung des Einflusses des Geldes auf die Wahlen in den Blick: die Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre. Ein Verbot oder eine Beschränkung von Wahlkampfspenden könnte eine solche Trennung herbeiführen und somit teilweise verhindern, dass die Einkommensungleichheit in einer Ungleichheit des politischen Einflusses der BürgerInnen mündet.

Die Wahlkampffinanzierung in den USA unterliegt gesetzlichen Beschränkungen: Der „McCain-Feingold-Act“ aus dem Jahr 2002 reguliert die Höhe der Wahlkampfspenden. Direkte Spenden einzelner Personen, Organisationen und Unternehmen an KandidatInnen sind – je nach Art der SpenderInnen und EmpfängerInnen – auf wenige bis mehrere Tausend Dollar begrenzt. Die „Federal Election Commission“ (FEC) überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen der Wahlkampffinanzierung (Eilfort/Wasser 2008, 259–264).

Allerdings sind den Beschränkungen der Wahlkampffinanzierung enge Grenzen gesetzt. Der Supreme Court, der oberste Gerichtshof der USA, hat in seinem Urteil „Citizens United vs. Federal Election Commission“ aus dem Jahr 2010 unbegrenzte Wahlkampfspenden unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Das Urteil erlaubt unbegrenzte Wahlkampfausgaben von Unternehmen und Gewerkschaften an formal von KandidatInnen und Parteien unabhängige Organisationen, sogenannte „Super-PACs (Political Action Committees)“. Vorher waren auch indirekte Spenden, wie an „PACs“, in ihrer Höhe begrenzt (Lessig 2010).

Diese Veränderung der bestehenden Wahlkampffinanzierung wirkt auf den ersten Blick wie ein Detail, hat aber weitreichende Konsequenzen. Unternehmen, wie auch Gewerkschaften, dürfen zwar KandidatInnen nach wie vor nur mit begrenzten Mitteln direkt unterstützen. Die „PACs“, die jetzt unbegrenzt Geld erhalten dürfen, sind aber nur formal unabhängig. Das bedeutet, sie dürfen ihre politischen Kampagnen nicht direkt mit einer Partei oder einem Kandidaten oder einer Kandidatin abstimmen. Sie dürfen aber sehr wohl Werbung für KandidatInnen, eine Partei oder bestimmte politische Positionen betreiben. Unternehmen können nun ihre erheblichen finanziellen Ressourcen unbegrenzt zugunsten von PolitikerInnen einsetzen.

Das Urteil der Richter des Supreme Courts fiel mit einer knappen Mehrheit von fünf zu vier Stimmen. Die Mehrheit der RichterInnen sah in den vorher bestehenden gesetzlichen Beschränkungen der Wahlkampffinanzierung von Unternehmen und Gewerkschaften eine unzulässige Einschränkung des im ersten Verfassungszusatz verankerten Rechts auf Meinungsfreiheit: Das Recht auf freie Meinungsäußerung gelte unabhängig vom Meinungsäußernden, wie einem Bürger, einer Bürgerin oder einem Unternehmen, und unabhängig von der Art der Äußerung, wie einer millionenschweren politischen Fernsehkampagne. Die Mehrheit der RichterInnen sieht

weiterhin das Verbot der Spenden von Unternehmen kritisch, weil beispielsweise wohlhabende Privatpersonen unbegrenzt spenden dürften. Die Höhe der Wahlkampfausgaben könne somit kein entscheidendes Argument für ein Verbot von Unternehmensspenden darstellen (Citizens United 2010, 18–21, 24–26, 35–40, 49).

Die Minderheit der RichterInnen verteidigte vorher bestehende Beschränkungen der politischen Meinungsäußerung von Unternehmen durch drei Hauptargumente.

Erstens, Unternehmen unterscheiden sich nach ihrer Ansicht von natürlichen Personen und gemeinnützigen Organisationen und Parteien, deren Zweck nicht im Gewinnstreben liege. Der Zweck von Unternehmen bestehe nicht darin, die Meinungen von BürgerInnen zu aggregieren und zu bündeln. Außerdem verfügten sie durch ihr Ziel der Profitmaximierung über umfangreichere finanzielle Ressourcen als andere Organisationsformen (ebd., 117, 122, 126–128, 157). Im Übrigen müsse die Art der Meinungsäußernden eine Rolle bei der Bewertung der Meinungsfreiheit spielen. Beispielsweise existierten legale Einschränkungen der Meinungsfreiheit für Gefangene, SoldatInnen oder AusländerInnen (ebd., 109, 112).

Zweitens, das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhalte nicht nur das Recht der SprecherInnen, ihre Meinungen frei zu äußern, sondern auch das Recht der ZuhörerInnen, möglichst viele Meinungen zu hören. Die Stimmen einfacher BürgerInnen könnten im Angesicht millionenschwerer Werbekampagnen von Unternehmen kein Gehör mehr finden (ebd., 163f.). Der „Marktplatz der Ideen“ erfordert auch die Verhinderung der Bildung von Meinungsmonopolen und die Ermöglichung eines Marktzugangs für jeden Bürger und jede Bürgerin.

Das dritte und vermutlich wichtigste Argument gesteht dem Kongress das Recht zu, den Selektionsprozess seiner eigenen Mitglieder und seine Gesetzgebungsverfahren vor anderen Einflüssen als denen der WählerInnen zu schützen. So sollte der Kongress nach Ansicht der Minderheit der RichterInnen den Einfluss von GeldspenderInnen begrenzen dürfen (ebd., 135–138, 163).

Da der Supreme Court in seinem Urteil „Citizens United“ das Recht auf Meinungsäußerung sehr weit gefasst hat, ist eine Begrenzung der indirekten Wahlkampfspenden kaum möglich. Einzig eine Verfassungsänderung oder ein personell anders besetzter Supreme Court, der das Urteil widerruft, würde eine gesetzliche Begrenzung der indirekten Wahlkampfausgaben ermöglichen.

#### **4. Die Stärkung der gleichen Stimme**

Aufgrund der Schwierigkeiten, die Ungleichheit bei den Einkommen und Chancen zu verringern und zu verhindern, dass die politische Ressource Geld Wahlen beeinflusst, besteht eine Alternative in der Stärkung des gleichen Stimmrechts.

##### *4.1 „Empowerment“ der einkommensschwachen BürgerInnen*

Um zu verhindern, dass wohlhabende BürgerInnen und Unternehmen den größten Teil der Wahlkampfausgaben bestreiten, könnte ein finanzielles Gegengewicht geschaffen werden. Ein Vorschlag, der die Gleichheit der Wahlstimmen auf die Finanzierung der PolitikerInnen überträgt, sieht vor, dass jeder Bürger und jede Bürgerin 50 Dollar vom Staat erhält, die er/sie für KandidatInnen für das Repräsentantenhaus, für den Senat und für die Präsidentschaft spenden darf (Ackerman/Ayres 2002, 77). Dies würde die politische Gleichheit der BürgerInnen deutlich

stärken. Darüber hinaus würde die Finanzierung anonym über einen Fonds erfolgen. Der Fonds würde die Spenden an KandidatInnen einsammeln und an diese weiter verteilen, so dass die KandidatInnen nicht wissen würden, wer ihnen wie viel gespendet hat. Vergleichbar mit der Einführung der geheimen Stimmabgabe, um Stimmenkauf zu verhindern, würde damit das Problem der Käuflichkeit von Politik durch Wahlkampfspenden eingeschränkt werden (ebd., 4–9, 17). Die Gleichheit der Stimmen der WählerInnen und das Prinzip der „checks and balances“, der Gegenmachtbildung und gegenseitigen Kontrolle im US-amerikanischen politischen System, würde bis zu einem gewissen Grad auf die Finanzierung der Politik übertragen werden.

Eine bedeutende alternative Finanzierungsquelle für PolitikerInnen würde entstehen und ihre Abhängigkeit von den GroßspenderInnen verringern. So hat selbst Barack Obama in seinen Wahlkämpfen 2008 und 2012, trotz seiner vielen über das Internet eingeworbenen kleinen Wahlkampfspenden, zwei Drittel seiner Gesamteinnahmen von GroßspenderInnen erhalten (Center for Responsive Politics 2013; Hacker/Pierson 2011, 304).

Eine weitere Möglichkeit, um den Einfluss des Geldes zu schwächen, wäre mehr Transparenz. Im Sommer 2010 verabschiedete das damals noch demokratisch kontrollierte Repräsentantenhaus den „DISCLOSE (Democracy is Strengthened by Casting Light on Spending in Elections) Act“. Das Gesetz würde politische Organisationen, die Spenden von Unternehmen und Lobbygruppen erhalten, dazu verpflichten, ihre SpenderInnen offenzulegen. Die Gesetzesvorlage wurde aber nicht vom Senat verabschiedet (Participatory Politics Foundation 2012).

Schließlich könnte die Zahl von Unternehmensspenden an PolitikerInnen möglicherweise verringert werden, wenn die AktionärInnen solchen Spenden zustimmen müssten und das Management diese nicht alleine beschließen dürfte. Ein Gesetzesentwurf aus dem Jahr 2010, der „Shareholder Protection Act“, sieht eine solche Autorisation durch die EigentümerInnen vor. Der Entwurf wurde aber nicht verabschiedet (Library of Congress 2013).

Neben der Schaffung eines finanziellen Gegengewichts zu den GroßspenderInnen sollte zwei Gruppen von BürgerInnen, die mehrheitlich zu den GeringverdienerInnen gehören, das Wahlrecht verliehen werden.

In den Vereinigten Staaten wird aktuellen, und teilweise auch ehemaligen, Strafgefangenen das Wahlrecht verweigert. Die meisten Bundesstaaten in den USA entziehen ihren BürgerInnen, die zu einer Haftstrafe verurteilt wurden, das Wahlrecht für die Dauer der Inhaftierung oder darüber hinaus. Die genauen Umstände des Wahlrechtsentzugs und die Dauer variieren von Bundesstaat zu Bundesstaat. Der Effekt ist, dass in den USA 5,4 Mio. erwachsene BürgerInnen über kein Wahlrecht verfügen (Katzenstein et al. 2010, 1036f.).

Die USA verfügen über die höchste Zahl an Gefängnisinsassen weltweit, sowohl absolut als auch gemessen an der Zahl der EinwohnerInnen. Dies spricht ebenfalls dafür, dieser Gruppe von Personen das Wahlrecht zu verleihen. So würde ein politisches Gegengewicht zur freiheitsbedrohenden Tendenz, immer mehr BürgerInnen einzusperren, entstehen. Die Inhaftierungsrate in den USA beträgt 730 Personen pro 100.000 Einwohner, das sind über 2,2 Mio. Gefängnisinsassen (Zahlen vom 31.10. 2010) (International Centre for Prison Studies 2012).

Darüber hinaus leben in den USA zurzeit schätzungsweise 13 Mio. illegale ImmigrantInnen. Abhängig von der Dauer ihres Aufenthalts und dem Niveau ihrer Integration in die US-Gesellschaft, wie beispielsweise ausreichender Sprachkenntnisse oder einem Arbeitsplatz, erscheint es aus demokratietheoretischer Perspektive notwendig, diesen Menschen die US-Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht zu verleihen. Ansonsten würde, wie bei den Strafgefangenen, das demokratische Prinzip verletzt, dass die dem Gesetz unterworfenen Personen zugleich ihre Urheber sein müssen (Benhabib 2009, 207–213; Dahl 1989, 129f.).

## 4.2 Das Losverfahren zur Stärkung der Gleichheit

Aus Sicht der egalitären Demokratiekonzeption besteht ein weiteres Problem im ungleichen Gewicht der abgegebenen Stimmen im politischen Prozess. Der US-Senat bildet die Bevölkerung der USA nur sehr ungleich ab. Der Staat mit der größten Einwohnerzahl, Kalifornien, hat 69-mal so viele Einwohner wie Wyoming, der Staat mit der geringsten Einwohnerzahl. Trotzdem verfügen beide Staaten über je zwei SenatorInnen (Fallows 2010, 12). Dieses Ausmaß der Ungleichheit der Repräsentation im Senat findet sich in keiner anderen Parlamentskammer in entwickelten Demokratien wieder (Stepan/Linz 2011, 845f.). Das Prinzip der Gleichheit der Stimmen der BürgerInnen ordnet sich im Senat dem föderalen Prinzip der Gleichheit der Staaten unter und soll dafür sorgen, dass die Interessen der Staaten im politischen Prozess gleich berücksichtigt werden (Madison 2003, 375f.). Allerdings hat sich diese Ungleichheit in den letzten 200 Jahren deutlich verstärkt. So betrug im Jahr 1790 das Verhältnis der EinwohnerInnen des damals bevölkerungsreichsten Staates Virginia zum bevölkerungsärmsten Staat Delaware nur zehn zu eins (Rossiter 2003, 543). Dieses Ungleichgewicht wird aber erhalten bleiben, da eine Änderung der US-Verfassung nur mit der Zustimmung der vielen vergleichsweise bevölkerungsarmen Staaten möglich wäre, die vom gegenwärtigen Zustand profitieren.

Eine einfachere Maßnahme zur Stärkung der Gleichheit der Stimmen könnte erreicht werden, indem die Reihenfolge der Vorwahlstaaten bei jeder Präsidentschaftswahl neu ausgelost wird.

Die Vorwahlen, um einen Präsidentschaftskandidaten oder eine Präsidentschaftskandidatin zu bestimmen, finden zurzeit in einer festen Reihenfolge statt. Die beiden ersten Vorwahlstaaten sind Iowa und New Hampshire. Iowa stimmt in einem „caucus“, d.h. lokalen Versammlungen der ParteianhängerInnen, zuerst über die KandidatInnen für die Präsidentschaft ab. Die erste „primary“, d.h. die Wahl der KandidatInnen an der Urne, findet dann in New Hampshire statt. Die SiegerInnen in Iowa und/oder New Hampshire gewinnen durch ihre Siege mediale Präsenz und Spenden und werden oft die KandidatInnen ihrer Parteien bei den Präsidentschaftswahlen. Das bedeutet, die Stimmen der WählerInnen in den ersten Vorwahlstaaten haben deutlich mehr Gewicht als die Stimmen der WählerInnen in den späteren Vorwahlstaaten (Frederick 2012, 53f.). Hinzu kommt, dass Iowa und New Hampshire nicht repräsentativ für die US-Bevölkerung sind. Beide Staaten verfügen beispielsweise nur über einen geringen Anteil an ethnischen Minderheiten.

Um die Gleichheit der Stimmen bei den Wahlen zu stärken, wäre es sinnvoll, die Reihenfolge der Vorwahlen auf eine demokratische und faire Weise, wie durch ein Losverfahren, festzulegen. Dadurch erhielten die Bundesstaaten und ihre BürgerInnen bei jeder Wahl die gleiche Chance, als Erste über die KandidatInnen abzustimmen. Die Auslosung der Reihenfolge der Vorwahlstaaten könnte relativ einfach durch Beschlüsse der Parteitage („conventions“) der Demokraten und Republikaner verändert werden.

Das Losverfahren ist seit der Antike das gleichste Selektionsprinzip für die Vergabe von Ämtern, weil nur dieses Prinzip jeder Bürgerin und jedem Bürger die gleiche Chance auf ein politisches Amt garantiert. Alle anderen Selektionsverfahren, wie zum Beispiel Wahlen, begünstigen bestimmte BürgerInnen, die sich durch Eigenschaften von anderen unterscheiden („Distinktionsprinzip“) (Manin 2007, 128–132). Insofern bietet sich diese urdemokratische, weil gleichheitsfördernde Maßnahme für die Festlegung der Reihenfolge der Vorwahlen an.

Darüber hinaus könnte die Vorwahlzeit von April bis Juni reduziert werden, um die Wahlkampfkosten für die KandidatInnen zu begrenzen und damit den Einfluss des Geldes auf die Präsidentschaftswahlen zu verringern. Im April würden zehn Staaten an acht Terminen und im Mai und Juni jeweils 20 Staaten an sechs bzw. vier Terminen abstimmen. Durch die Konzentra-

tion der Wahlen im Juni auf vier Termine erhielten die zuletzt wählenden Staaten noch genügend Aufmerksamkeit der KandidatInnen, weil noch viele Delegiertenstimmen zu vergeben wären (Frederick 2012, 54–56).

Bei der Selektion der Abgeordneten des Repräsentantenhauses besteht eine weitere Minderung der Gleichheit der Wählerstimmen im sogenannten „gerrymandering“. Die Abgeordneten werden in Wahlkreisen gewählt, die jeder Bundesstaat festlegt. Dabei müssen die Bundesstaaten darauf achten, dass jeder Wahlkreis gleich viele WählerInnen umfasst und die Wahlkreise nicht unter dem Gesichtspunkt der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung gezogen werden (Backstrom et al. 2006, 409f.). Die Wahlkreise müssen nach jedem nationalen Zensus, der alle zehn Jahre stattfindet, neu gezogen werden, falls ein Bundesstaat aufgrund veränderter Einwohnerzahlen Sitze im Repräsentantenhaus gewinnt bzw. verliert (Robbins 2009, 2f.). Die Wahlkreise können aber prinzipiell jederzeit durch die Bundesstaaten neu gezogen werden. Der Prozess der Festlegung der Wahlkreise unterscheidet sich von Staat zu Staat. Oftmals entscheiden die bundesstaatlichen Parlamente. Unabhängige Kommissionen, die über den Zuschnitt der Kongresssitze entscheiden, existieren auch in mehreren Staaten (Backstrom et al. 2006, 413f.).

„Gerrymandering“ bezeichnet die Festlegung der Wahlkreise durch bundesstaatliche Parlamente, um politischen Wettbewerb zu verhindern. Mithilfe computergestützter Analysen von früheren Wahlergebnissen und von soziodemografischen Daten schneiden sich ParteistrategInnen oftmals die Wahlkreise zurecht, die ihrer Partei die größtmöglichen Mehrheiten beschaffen: „Legislators are picking voters, rather than the other way around“ (APSA 2004, 13f.). Dies verzerrt die Gleichheit der Stimmen der BürgerInnen.

Texas ist ein Beispiel für „gerrymandering“ der Demokraten und später der Republikaner. Die Demokraten änderten den Zuschnitt der Wahldistrikte 1991 und in der folgenden Wahl 1992 gewannen sie 21 von 30 Sitzen im Repräsentantenhaus, obwohl sie nur 50% der texasweit abgegebenen Stimmen erhielten und die Republikaner 48%. In den folgenden Wahlen erhielten die Republikaner über 10 Prozentpunkte mehr, aber die Demokraten konnten trotzdem die Mehrheit der Sitze aus Texas bewahren. Erst nachdem die Republikaner die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments von Texas erlangt hatten, änderten sie ebenfalls die Wahldistrikte und betrieben nun „gerrymandering“ in ihrem Sinne (Backstrom et al. 2006, 412).

Neben der Verzerrung des Mehrheitswillens der BürgerInnen verringert das „gerrymandering“ den politischen Wettbewerb. So ist die Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl für AmtsinhaberInnen im Repräsentantenhaus in den letzten 50 Jahren kontinuierlich gestiegen und liegt inzwischen bei durchschnittlich fast 95% (Friedman 2009, 593f.). Im Senat ist die Wiederwahlrate immer noch hoch, aber geringer als im Repräsentantenhaus (Center for Responsive Politics 2013). Die hohe Wiederwahlrate führt dazu, dass der politische Wettbewerb sich deutlich verringert (Robbins 2009, 15–18). Dies mindert die Abhängigkeit der PolitikerInnen von den BürgerInnen bzw. reduziert sie auf die AnhängerInnen der eigenen Partei. Der entscheidende Wettbewerb findet in vielen Wahlkreisen inzwischen in den lokalen Vorwahlen der Parteien statt.<sup>2</sup>

Zur Verhinderung des „gerrymandering“ könnte ebenfalls das Zufallsprinzip eingeführt werden. So wäre es möglich, zusammenhängende Wahlkreise mit gleicher Bevölkerungszahl durch eine computergestützte zufällige Berechnung zu erzeugen. Die existierenden Computerprogramme, die bereits für die Festlegung der Wahlkreise aufgrund früherer Wahlergebnisse und anderer Faktoren verwendet werden, könnten dafür genutzt werden. Geografische Einheiten, wie Kommunen, könnten als Ausgangspunkt für den Zuschnitt der Wahlkreise genommen und dann mit umliegenden Bevölkerungseinheiten, wie Stadtteilen oder kleinen Kommunen, nach dem Zufallsprinzip ergänzt werden, bis Wahlkreise mit gleichen Bevölkerungsanteilen entstanden wären.

## 5. Fazit

Die Bedeutung der politischen Ressource Geld steigt in den USA. Die Wahlkämpfe werden immer teurer und durch eine hohe Einkommensungleichheit stammen die Wahlkampfspenden nur von einer Minderheit der BürgerInnen. Diese Minderheit der wohlhabenden BürgerInnen ist politisch aktiver als die Mehrheit und findet mehr Gehör als die BürgerInnen mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Aufgrund der hohen Zahl der Vetospieler im politischen System und dem Urteil „Citizens United“ bleibt sowohl eine gleichere Verteilung der politischen Ressource Geld als auch eine Begrenzung ihres Einflusses auf die Politik nur durch große politische Mehrheiten möglich, die gegenwärtig in den USA nicht existieren.

Eine Alternative bestünde in der Stärkung der gleichen Stimme im politischen System selbst: Für ein hohes Maß an politischer Gleichheit und damit für ein hohes Maß an Demokratie muss das aktive und passive Wahlrecht möglichst gleich und seine Bedeutung als politische Ressource möglichst groß sein. Relativ einfach umzusetzende Maßnahmen bestehen in der Übertragung der Idee des gleichen Stimmrechts auf die Wahlkampffinanzierung durch die Bereitstellung einer öffentlich finanzierten Spendensumme für jeden Wähler und jede Wählerin. Dies würde vor allem GeringverdienerInnen helfen, auch finanziell Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die Gewährung des Wahlrechts für ehemalige und aktuelle Strafgefangene und illegale ImmigrantInnen, die Einführung einer wechselnden Reihenfolge der Vorwahlstaaten und die Festlegung der Wahlkreise zum US-Repräsentantenhaus durch das Zufallsprinzip sind weitere vergleichsweise einfach umzusetzende Maßnahmen zur Stärkung der gleichen Stimme in den USA und damit zur Verringerung des Einflusses der politischen Ressource Geld.

### ANMERKUNGEN

- 1 So haben sich 63% der WählerInnen mit einem Jahreseinkommen unter 30.000 Dollar und 57% der WählerInnen mit einem Jahreseinkommen zwischen 30.000 und 49.999 Dollar bei der Präsidentschaftswahl 2012 für Obama entschieden. Die höheren Einkommensgruppen haben hingegen mehrheitlich für den republikanischen Kandidaten Mitt Romney gestimmt. Obama hat auch eine Koalition der Minderheiten um sich geschart (93% der AfroamerikanerInnen, 71% der hispanischstämmigen AmerikanerInnen, 73% der asiatischstämmigen und 76% der LGBT- (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) BürgerInnen), die in einigen Bereichen stärker benachteiligt werden als die weißen DurchschnittsamerikanerInnen (zu den Daten: New York Times 2013b). Im Jahr 2008 hat eine ähnliche Kombination aus WählerInnen Barack Obama ins Weiße Haus getragen (New York Times 2013a).
- 2 Ein weiterer Grund der hohen Wiederwahlquote liegt vermutlich in den höheren Wahlkampfausgaben der AmtsinhaberInnen, die seit 1986 im Durchschnitt immer mehr Geld für ihre Wahlkämpfe ausgeben konnten als ihre HerausfordererInnen (mit der Ausnahme von 1996) (Center for Responsive Politics 2012b).

### LITERATURVERZEICHNIS

- Ackerman, Bruce/Ian Ayres (2002). *Voting With Dollars. A New Paradigm for Campaign Finance*, New Haven.
- American Political Science Association (Hg.) (2004). *American Democracy in an Age of Rising Inequality*. Internet: <http://www.apsanet.org/imgtest/taskforcereport.pdf> (Zugriff: 24.5. 2012).
- Backstrom, Charles/Samuel Krislov/Leonard Robins (2006). *Desperately Seeking Standards: The Court's Frustrating Attempts to Limit Political Gerymandering*, in: *Political Science and Politics*, July, 409–415.
- Bartels, Larry M. (2008). *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age*, Princeton.

- Bartels, Larry M.* (2009). Economic Inequality and Political Representation, in: Lawrence *Jacobs/Desmond King* (Hg.): *The Unsustainable American State*, Oxford, 167–196.
- Benhabib, Seyla* (2009) [2004]. *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*, Bonn.
- Bödeker, Sebastian* (2011). Die soziale Frage der Demokratie, WZB Mitteilungen 134, Dezember. Internet: <http://bibliothek.wzb.eu/artikel/2011/f-17043.pdf> (Zugriff: 13.6. 2013).
- Center for Responsive Politics* (2012a). Most Members of Congress Enjoy Robust Financial Status, Despite Nation's Sluggish Economic Recovery. Internet: <http://www.opensecrets.org/news/2011/11/congress-enjoys-robust-financial-status.html> (Zugriff: 2.12. 2012).
- Center for Responsive Politics* (2012b). The Dollars and Cents of Incumbency. Internet: <http://www.opensecrets.org/bigpicture/cost.php> (Zugriff: 13.6. 2013).
- Center for Responsive Politics* (2013). Internet: <http://www.opensecrets.org> (Zugriff: 13.6. 2013).
- Congressional Budget Office* (2013). CBO's May 2013 Estimate of the Effects of the Affordable Care Act on Health Insurance Coverage. Internet: [http://www.cbo.gov/sites/default/files/cbofiles/attachments/44190\\_EffectsAffordableCareActHealthInsuranceCoverage\\_2.pdf](http://www.cbo.gov/sites/default/files/cbofiles/attachments/44190_EffectsAffordableCareActHealthInsuranceCoverage_2.pdf) (Zugriff: 30.5. 2013).
- Coppedge, Michael/John Gerring/David Altman/Michael Bernhard/Steven Fish/Allen Hicken/Matthew Kroenig/Staffan I. Lindberg/Kelly McMann/Pamela Paxton/Holli A. Semetko/Svend-Erik Skaaning/Jeffrey Staton/Jan Teorell* (2011). Conceptualizing and Measuring Democracy: A New Approach, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 9(2), 247–267.
- Dahl, Robert* (1989). *Democracy and Its Critics*, New Haven.
- Dahl, Robert* (2006). *On Political Equality*, New Haven.
- Eilfort, Michael/Hartmut Wasser* (2008). Politische Parteien und Wahlen, in: Peter *Lösche* (Hg.): *Länderbericht USA*, Bonn, 237–273.
- Fallows, James* (2010). How America Can Rise Again, in: *Atlantic Monthly*, January/February.
- Frederick, Heather* (2012). Reforming the Presidential Primary System: The Voter Turnout Initiative, in: *Political Science & Politics*, Vol. 45(1), 51–57.
- Friedman, John N./Richard T. Holden* (2009). The Rising Incumbent Reelection Rate: What's Gerrymandering Got To Do With It?, in: *The Journal of Politics*, Vol. 71(2), 593–611.
- Güllner, Manfred* (2013). Nichtwähler in Deutschland, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf> (Zugriff: 13.6. 2013).
- Hacker, Jacob S./Paul Pierson* (2011). *Winner-Take-All Politics. How Washington Made the Rich Richer – and Turned Its Back on the Middle Class*, New York.
- International Centre for Prison Studies* (2012). Internet: [http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/wpb\\_country.php?country=190](http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/wpb_country.php?country=190) (Zugriff: 16.11. 2012).
- Hertz, Tom* (2006). Understanding Mobility in America, Center for American Progress, April 26. Internet: [http://www.americanprogress.org/kf/hertz\\_mobility\\_analysis.pdf](http://www.americanprogress.org/kf/hertz_mobility_analysis.pdf) (Zugriff: 10.6. 2013).
- Katzenstein, Mary Feinsod/Leila Mohsen Ibrahim/Katherine D. Rubin* (2010). The Dark Side of American Liberalism and Felony Disenfranchisement, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 8(4), 1035–1054.
- Lessig, Lawrence* (2010). Democracy After Citizens United, in: *Boston Review*, September/October. Internet: <http://bostonreview.net/BR35.5/lessig.php> (Zugriff: 28.11. 2012).
- Library of Congress* (2013). Bill Summary & Status 111th Congress (2009–2010) H.R.4790. Internet: <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d111:H.R.4790>: (Zugriff: 15.6. 2013).
- Madison, James* (2003) [1788]. Federalist Paper No. 62, in: *Clinton Rossiter* (Hg.): *The Federalist Papers*. Hamilton, Madison, Jay, New York, 374–380.
- Manin, Bernard* (2007) [1997]. *Kritik der repräsentativen Demokratie*, Berlin.
- Mansbridge, Jane* (2012). On the Importance of Getting Things Done, in: *Political Science & Politics*, Vol. 45(1), 1–8.
- Murray, Charles* (2012). *Coming Apart. The State of White America 1960-2010*, New York.
- New York Times* (2013a). Election Results 2008. National Exit Polls. Internet: <http://elections.nytimes.com/2008/results/president/national-exit-polls.html> (Zugriff: 30.5. 2013).
- New York Times* (2013b). Election 2012. President Exit Polls. Internet: <http://elections.nytimes.com/2012/results/president/exit-polls> (Zugriff: 30.5. 2013).
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)* (2012). Income distribution – Inequality. Internet: <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=INEQUALITY> (Zugriff: 29.5. 2012).
- Packer, George* (2011). The Broken Contract – Inequality and American Decline, in: *Foreign Affairs*, Vol. 90(6), 20–31.
- Page, Benjamin I./Lawrence R. Jacobs* (2009). No Class War – Economic Inequality and the American Public, in: *Lawrence Jacobs/Desmond King* (Hg.): *The Unsustainable American State*, Oxford, 135–166.
- Page, Benjamin I./Larry M. Bartels/Jason Seawright* (2013). Democracy and the Policy Preferences of Wealthy Americans, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 11(1), 51–73.
- Participatory Politics Foundation* (2012). OpenCongress. Internet: <http://www.opencongress.org/bill/111-h5175/show> (Zugriff: 7.12. 2012).

- Rawls*, John (1975) [1971]. Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main.
- Robbins*, Michael (2009). Who Chooses Whom?, M.A. Thesis, Georgetown University Washington. Internet: <http://repository.library.georgetown.edu/handle/10822/553380> (Zugriff: 18.11. 2012).
- Rossiter*, Clinton (Hg.) (2003) [1788]. The Federalist Papers. Hamilton, Madison, Jay, New York.
- Saez*, Emmanuel, (2012). Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States, March 2. Internet: <http://elsa.berkeley.edu/~saez/saez-UStopincomes-2010.pdf> (Zugriff: 2.11. 2012).
- Stepan*, Alfred/Juan J. Linz (2011). Comparative Perspectives on Inequality and the Quality of Democracy in the United States, in: Perspectives on Politics, Vol. 9(4), 841–856.
- United States Census Bureau* (2011). Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States: 2010, September. Internet: <http://www.census.gov/prod/2011pubs/p60-239.pdf> (Zugriff: 6.6. 2012).
- Weaver*, Vesla M./Amy E. Lerman (2010). Political Consequences of the Carceral State, in: American Political Science Review, Vol. 104(4), 817–833.
- Winters*, Jeffrey A./Benjamin I. Page (2009). Oligarchy in the United States?, in: Perspectives on Politics, Vol. 7(4), 731–751.

#### AUTOR

Frédéric KRUMBEIN, Dr., Studium der Politikwissenschaft in Berlin und Paris. Seit 2009 Geschäftsführer des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., der deutschen Vereinigung von EuropawissenschaftlerInnen. Von 2009 bis 2012 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Seit 2012 Gastwissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Forschungsthemen: internationale Menschenrechtspolitik, politische Systeme Chinas, der USA und der EU, Demokratietheorie, Philosophie der Menschenrechte.



## Werner Zögernitz, Stephan Lenzhofer Politische Parteien – Recht und Finanzierung

facultas.wuv 2013, 316 Seiten, gebunden  
ISBN 978-3-7089-1008-6  
EUR [A] 58,- /EUR [D] 56,50/CHF 70,90

Die gesetzlichen Regelungen über die Parteienfinanzierung wurden in Österreich im Jahr 2012 durchgreifend reformiert. Neben grundsätzlichen Bestimmungen über die Gründung und das Bestehen von politischen Parteien sieht das Parteiengesetz nunmehr eine umfassende Rechenschaftspflicht für Parteien vor, die vor allem weitgehende Veröffentlichungspflichten im Zusammenhang mit Parteispenden beinhaltet. Die jährlichen Rechenschaftsberichte unterliegen der Kontrolle durch Wirtschaftsprüfer und den Rechnungshof. Verstöße gegen die gesetzlichen Vorgaben werden sanktioniert.

Dieses Buch gibt zunächst einen Überblick über die wesentlichen Neuerungen und stellt in der Folge den Inhalt der einzelnen Bestimmungen des Parteiengesetzes, des Parteienförderungsgesetzes und von § 24a Bundespräsidentenwahlgesetz betreffend die Finanzierung der Wahlkämpfe um das Amt des Bundespräsidenten dar. Die Analyse zeigt, dass der Gesetzgeber den Transparenzgedanken hinter der Parteienfinanzierung ernst genommen hat.